

**Stellungnahme der VERBUND AG
zum Entwurf der
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018
geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2020)**

Hauptanliegen von VERBUND:

- Kein Netznutzungsentgelt für Pumpspeicher
- Grundsätzliche Entlastung der Stromerzeuger von Netzentgelten
- Integration des Netzverlustentgeltes in das Netznutzungsentgelt
- Anerkennung der Sonderrolle von Anlagen, die der Netzstützung dienen. Unvorhersehbare Zusatzkosten für Ausgleichsenergie müssen Berücksichtigung finden

Generelle Anmerkungen von VERBUND:

Positiv anzumerken ist, dass der Entwurf zur SNE-V 2020 beim Systemdienstleistungsentgelt eine leichte Entlastung der Erzeugung vorsieht. Dem steht leider ein deutlicher Anstieg beim Netzverlustentgelt gegenüber. Die positive Wirkung der Reduktion des Systemdienstleistungsentgelts für Erzeuger wird somit von der deutlichen Erhöhung des Netzverlustentgelts konterkariert. Aufgrund des mangelnden Anreizeffektes sollte das Netzverlustentgelt in das Netznutzungsentgelt integriert werden.

Auch die verringerte Belastung der Pumpspeicher aufgrund der Senkung des spezifischen Netznutzungsentgelts wird durch das gestiegene Netzverlustentgelt unterlaufen, das Grundproblem der Doppelbelastung wird nicht behoben. Infolge ihrer tariflichen Doppelbelastung werden Pumpspeicher in ihrer Wirtschaftlichkeit erheblich belastet, was auch ihre Fahrweise einschränkt und zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen Mitbewerbern führt, die in der Regel bedeutend geringere Netzkosten zu tragen haben. Wir empfehlen daher, auch im Sinne der Vorgaben der #mission2030, eine generelle Befreiung der Pumpspeicher von entnehmerseitigen Netzentgelten.

Ebenso muss die Rolle von Kraftwerksanlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Die Zusatzbelastungen, die sich aus den Änderungen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben und die aus einem Ansteigen der Kosten für Ausgleichsenergie resultieren können, müssen von Seiten der ECA in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:

Zu § 5 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt mit Netzentgelten belastet. Pumpspeicher, auch Bestandsanlagen, sollten von entnehmerseitigen Netznutzungsentgelten befreit werden, denn ihre außerordentliche systemdienliche Bedeutung, sei es nun im Rahmen der Regelleistung, sei es für das Redispatch oder sei es bei Lastdeckungsproblemen, ist hinlänglich bewiesen und wird in Zukunft sogar noch zunehmen.

Das Netznutzungsentgelt (Arbeitskomponente) für PSKW soll laut Entwurf von derzeit 2,61 €/MWh auf 2,1 €/MWh reduziert werden (analog zur Senkung der Arbeitstarife auf der Netzebene 1 - Nettoarbeit). Trotz der Senkung wird die Wirtschaftlichkeit dieser für das Stromsystem zentralen Anlagen nicht wesentlich verbessert.

Grundsätzlich ist anzumerken: Alle Speicher sollen von der Zahlung der entnehmerseitigen Netzentgelte befreit werden, weil es sich bei der Entnahme aus dem Netz und späteren Rückspeisung in das Netz keineswegs um einen klassischen Endverbrauch handelt, sondern um einen systemdienlichen Prozess der zeitlich verschobenen Anpassung der Stromerzeugung an den Stromverbrauch. Eine diesbezügliche Klarstellung in den Begriffsdefinitionen des EIWOG ist dringend erforderlich. Damit kann auch eine Vorgabe der Österreichischen Energiestrategie („Speicher sollen von Endverbrauchergebühren befreit werden ...“ #mission2030) umgesetzt werden.

on2030, S. 37) erfüllt werden. In jedem Fall ist zwischen den einzelnen Speichertechnologien für ein level-playing-field zu sorgen.

Zu § 6 Netzverlustentgelt

In diesem Bereich kommt es – nach Netzbereichen massiv unterschiedlich ausgeprägt – zu einer signifikanten Erhöhung. Auf Netzebene 3 beispielsweise schwanken die Steigerungen zwischen 7,4 % (Kärnten) und 34,8 % (Oberösterreich). Derartig hohe Schwankungen und massiven Unterschiede im Bundesgebiet sollten in jedem Fall vermieden werden. Lediglich unter gemeinsamer Betrachtung mit dem Netznutzungsentgelt errechnet die ECA in den Erläuterungen eine durchschnittliche österreichweite Steigerung von 2,5%.

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich grundsätzlich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. Derzeit ist das Verlustentgelt auch aufgrund seiner Pauschalität weder verursachungsgerecht noch setzt es ökonomisch effiziente Anreize zur Verlustminimierung in Hinblick auf Standortwahl und Kraftwerkseinsatz.

Aus den hier genannten Gründen und aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit im europäischen Binnenmarkt ist eine Integration des Netzverlustentgelts in das Netznutzungsentgelt sinnvoll.

Zu § 8 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Positiv ist zu sehen, dass der Entwurf zur SNE-V 2020 beim Systemdienstleistungsentgelt eine – wenn auch geringfügige - Entlastung der Erzeugung vorsieht. Das Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätsversorgungssystem, ABl. Nr. L312 vom 28.11.2017 zeigt einen positiven Effekt. Bereits seit dem Vorjahr können im Rahmen des Systemdienstleistungsentgelts nur noch Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt werden. Zudem wurde aufgrund der VO (EU) Nr. 2017/2195 ein Mindestpreis für Ausgleichsenergie im Verhältnis zur Regellenergie eingeführt. Damit wurde einerseits in diesem Bereich Spekulation mit Ausgleichsenergie verhindert und andererseits ein Anreizsystem geschaffen, das die Marktteilnehmer zur Bilanztreue anhält.

Unter den oben genannten Prämissen ist es sinnvoll und notwendig die Kosten für Regelleistung hinkünftig dem Netznutzungsentgelt zuzurechnen. Wenn sowohl Mehr- als auch Mindererlöse aus der Ausgleichsenergieverrechnung über das Netznutzungsentgelt abgerechnet werden, wirkt dies marktneutral, weil kein Marktakteur (Erzeuger, Händler, Lieferant) einen Wettbewerbsvorteil aus seinem individuellen Verhalten generieren kann. Vorteile aus Mehrerlösen werden aufgrund des Mindestpreises an den Endverbraucher weitergegeben. Zur Abfederung des regulatorisch bedingten Risikos aus der Mindestpreisvorgabe (eine Vielzahl von Lieferverträgen hat dafür keine Vorsorge getroffen) sollen Mehr- bzw. Mindererlöse bis zum Inkrafttreten einer solchen gesetzlichen Regelung den Lieferanten zugerechnet werden.

Ebenso muss die Rolle jener Anlagen, die der Netzstützung dienen, Beachtung finden. Zusatzkosten für Ausgleichsenergie, die sich bspw. beim ramping up/down aus den Änderungen aufgrund der Verordnung (EU) Nr. 2017/2195 ergeben, müssen in der Kostenerstattung Berücksichtigung finden.

Kontakt:

VERBUND AG

Mag. Roland Langthaler

Am Hof 6a, 1010 Wien

Tel: +43 (0)50313-53116

e-mail: roland.langthaler@verbund.com

www.verbund.com

Wien, November 2019